

Umstrittene «Integrative Schule»

Integrative Schule: bei Eltern und Lehrern umstritten – und ein Abwahlrisiko für Politiker

Die Angst vor einem Kollaps der Volksschule wächst, wie sich in verschiedenen Kantonen zeigt. In Genf hat die Stimmbevölkerung soeben die rote Karte gezogen.

Im integrativen Unterricht wird auf jedes einzelne Kind eingegangen. Schwächere Schülerinnen und Schüler werden speziell gefördert.

von Christoph Ruckstuhl / NZZ

Als die gebürtige Uruguayerin Cesla Amarelle in die Schweiz kam, war sie viereinhalb Jahre alt und sprach kein Wort Französisch. Vierzig Jahre später – via Gemeinde-, Kantons- und Nationalrat wurde die SP-Frau 2017 in die Waadtländer Regierung gewählt – musste sie sich für ein Departement entscheiden. Sie wählte bewusst das Bildungsdossier, obwohl sie ahnte, dass ihr harte Auseinandersetzungen bevorstehen würden. «Ich wollte zurückgeben, was man mir damals gegeben hatte. Ohne den aufopferungsvollen Einsatz meiner ersten Lehrerin wäre ich nicht da, wo ich nun stehe», sagt sie.

Dass sie dafür gleich den für eine Exekutivpolitikerin höchsten Preis bezahlen muss, hätte sie damals aber doch nicht gedacht: Am 10. April dieses Jahres wurde Amarelle vom Waadtländer Stimmvolk abgewählt. Hauptgrund dafür war das 2020 eingeführte, von einem Teil der Lehrerschaft wenig goutierte «Konzept 360°». Dieses soll «nicht mehr, sondern besser integrieren» und «den Bedürfnissen aller Schülerinnen und Schüler entsprechen».

Spruch: Auch verhaltensauffällige, lernschwache und behinderte Kinder sollen Regelklassen besuchen – unter anderem, indem ihnen Sonderpädagogen zur Seite gestellt werden. «Es ist eine der zentralen Aufgaben der Schule, die gesellschaftlichen Ungleichheiten zu verringern», sagt Amarelle. Oder anders gesagt: In einer immer heterogeneren Gesellschaft soll es nicht mehr hauptsächlich – wie in ihrem persönlichen Fall – vom Glück abhängig sein, ob unterprivilegierte Kinder den sozialen Aufstieg schaffen.

Klein- und Förderklassen abgeschafft

Die integrative Schule gehört seit Jahren zu den Reizthemen im Bildungsbereich. Das Behindertengleichstellungsgesetz und viele Volksschulgesetze schreiben deren Förderung vor, wobei sie stets von individuell abgestimmten Fördermassnahmen zugunsten der «ungewöhnlichen» Schülerinnen und Schüler begleitet werden. 2007 bildeten die Kantone dafür sogar ein eigenes Sonderpädagogik-Konkordat, dem inzwischen sechzehn Kantone beigetreten sind. Die einstigen Klein- und Förderklassen wurden damit zum grössten Teil abgeschafft.

Doch die Zweifel am Konzept sind nie ganz abgerissen: Im Kanton Basel-Stadt hat ein überparteiliches Komitee kürzlich eine Volksinitiative zur Wiedereinführung von Kleinklassen gestartet, die es neu «Förderklassen» nennt. Im Unterschied zu anderen Kantonen gibt es in Basel kaum noch solche kleinen Klassen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Viele Lehrerinnen und Lehrer kommen an die Belastungsgrenzen, auch wenn sie das Konzept der integrativen Schule im Prinzip begrüssen. Das zeigte eine Umfrage unter Lehrpersonen, von denen schliesslich fast drei Viertel die Wiedereinführung von Kleinklassen befürworteten.

Umstrittene «Integrative Schule»

Lehrerschaft fordert mehr Mittel

Das Beispiel steht für Diskussionen in zahlreichen Kantonen und Gemeinden. Lehrerverbände und Gewerkschaften warnen immer wieder vor einem Kollaps der Volksschule. Sie drängen auf zusätzliche Stellenprozente, die nötig seien, um den Unterricht in heterogen zusammengesetzten Klassen in der gebotenen Qualität überhaupt gewährleisten zu können. Kaum jemand bestreitet dabei den Sinn eines möglichst integrativen Unterrichts. Doch oft stimmt der Mitteleinsatz nicht mit der Realität überein. Vor allem in städtischen Schulen sind die Anforderungen an die Lehrpersonen hoch: Die Anzahl Kinder, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, ist hoch. Gleichzeitig gibt es immer mehr Kinder aus belasteten Familien.

Der baselstädtische Bildungsdirektor Conradin Cramer von der liberaldemokratischen Partei (LDP) hält zwar an der integrativen Schule fest, doch der Druck von der Basis zwingt auch ihn zu einer Kurskorrektur: Die integrative Schule müsse eine «bessere Wirkung erzielen», erklärte er vergangene Woche gegenüber der «Basler Zeitung»: «Dazu gehört zuerst einmal: Die Lehrer dürfen nicht ausbrennen. Diese Gefahr besteht leider.» Zudem gebe es eine wachsende Zahl von Schülern, die in Kleinstgruppen von zwei, drei Schülern unterrichtet werden müssten, manchmal sogar im Einzelsetting.

Empörte Bildungsbürger

Die Waadt hat mit der Einführung des «Konzept 360°» die finanziellen Mittel massiv erhöht – das Budget zugunsten der Grundschule wurde signifikant stärker ausgebaut, als die Anzahl der Schulkinder zunahm. Dennoch ebbte die Kritik an der Reform, die von den im grössten Westschweizer Kanton traditionell einflussreichen Schulgewerkschaften nur halbherzig mitgetragen wurde, nie ab. Unzufrieden waren nicht nur überforderte Lehrpersonen, sondern auch ein Teil der Eltern. Man darf mutmassen, dass dieser kumulierte Widerstand die rund 4000 Stimmen ausmachte, die der Bildungsdirektorin Amarelle zur Wiederwahl fehlten.

«Die Ansicht, dass eine inklusivere Schule zu einer Nivellierung des Schulniveaus nach unten führt, ist falsch. Aber sie ist leider weit verbreitet», sagt sie. Dies gelte insbesondere für einen Teil der Bildungsbürgerschicht, die selbst noch die herkömmliche Schule besucht habe und über überdurchschnittlich viel politischen Einfluss verfüge. Man müsse die Befürchtungen ernst nehmen und betonen, dass die Schülerinnen und Schüler mit dem neuen Ansatz andere Kompetenzen erwürben – etwa die mündliche Ausdrucksweise oder das Erkennen von fachlichen Überschneidungen.

Schiffbruch in Genf

Die Waadt ist freilich nicht der einzige Westschweizer Kanton, in dem die Maxime einer «gleicheren» Schule auf Widerstand stösst: Erst am vergangenen Sonntag hat das Genfer Stimmvolk, wenn auch mit ultraknapper Mehrheit, eine Reform bachab geschickt. Sie hatte zum Ziel, den Ansprüchen aller Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden, «unabhängig davon, ob sie Schwierigkeiten haben oder nicht».

Konkret hätte die Übergangsstufe («cycle d'orientation») zwischen Primarschule und Sekundarstufe II harmonisiert werden sollen – dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Berufslehre in Genf auch kulturell bedingt einen besonders schweren Stand hat und aufgewertet werden soll. Auf Klassenebene wäre die Trennung in verschiedene Leistungsstufen erst im elften Schuljahr erfolgt.

Umstrittene «Integrative Schule»

Doch daraus wird nun nichts, Regierung und Parlament müssen zurück auf Feld eins. Für die Bildungsvorsteherin Anne Emery-Torracinta kommt das Abstimmungsergebnis einer persönlichen Schlappe gleich. Da sie aufgrund von [gravierenden Missständen in einem Heim für autistische Kinder](#) ohnehin schwer in der Kritik steht, dürfte sie sich glücklich schätzen, dass die SP-internen Regeln eine Amtszeitbeschränkung vorsehen und sie sich im kommenden Frühling gar nicht erst zur Wiederwahl stellen darf.

SVP schießt auf eigenen Regierungsrat

Dass die Bildungspolitik – und notabene die inklusive Schule – ein heisses Eisen ist, musste auch der Nidwaldner Regierungsrat Res Schmid erfahren. Sein Kanton, der bereits seit 2010 voll auf dieses Modell setzt, gehört zu den schweizweiten Pionieren. Doch die SVP will das Rad zurückdrehen und wieder auf Kleinklassen setzen. Sie machte den integrativen Unterricht vor den Wahlen vom vergangenen März zu einem Hauptthema. Brisant: Zielscheibe der SVP-Kritik war ausgerechnet der «eigene» Bildungsdirektor Schmid.

Für Aufsehen sorgte ein Inserat der SVP im lokalen Gratisanzeiger, das «klare Grenzen beim integrativen Unterricht» verlangte. In der nächsten Ausgabe des Blattes schlug der kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband zurück. In einem in ähnlichem Layout gehaltenen Inserat hielten die Lehrpersonen fest, dass sich das System bewährt habe. Den «Wahlkampf auf Kosten der Schwächsten» verurteilten sie scharf.

Anders als der Waadtländer Bildungsdirektorin Cesla Amarelle hat die Diskussion ihrem Nidwaldner Amtskollegen nicht geschadet. Res Schmid wurde im März problemlos wiedergewählt. Nach zwölf Jahren Erfahrung in der Praxis will er nun den Ist-Zustand unter die Lupe nehmen. Ein möglicher Weg wäre die Schaffung von sogenannten Schulinseln oder Lernorten, wie sie in einigen Nidwaldner Gemeinden bereits bestehen. Dabei handelt es sich um ein niederschwelliges Angebot vor Ort für Schülerinnen und Schüler, die kurzfristig oder über eine befristete Zeit dem Unterricht in der Regelklasse nicht folgen können. Doch lange soll dieser Zustand nicht anhalten. Ziel ist, dass auch diese Kinder so schnell wie möglich wieder in die Regelklasse zurückkehren.